



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Digitale Verwaltung als Vorbild für einen modernen Staat II

Der Landtag wolle beschließen:

Die Nutzung von Homeoffice-Angeboten und mobiles Arbeiten sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst in Bayern häufig schon allein wegen einer fehlenden technischen Ausstattung unmöglich. Hinzu kommt, dass die aktuellen Regelungen zur täglichen Höchstarbeitszeit nicht mehr die ökonomische Arbeitsrealität widerspiegeln. Dies führt dazu, dass die oftmals notwendige Flexibilität für Angestellte im Öffentlichen Dienst, gerade auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht gegeben ist. Damit einher geht ein Verlust an Attraktivität staatlicher Stellen.

Um dem entgegenzuwirken, fordern wir die Staatsregierung zu folgenden Maßnahmen auf:

1. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst in Bayern sollen bis Ende 2022 über ein digitales Endgerät zur Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit verfügen können, wenn ihre Tätigkeit die Möglichkeit zu mobilem Arbeiten oder zur Nutzung von Homeoffice bietet. Dies soll durch eine vollständige Umstellung auf die E-Akte sichergestellt werden.
2. Die Arbeitszeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst in Bayern sollen weiter flexibilisiert werden, indem ab 2022 nur noch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit in Anlehnung an die EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) gilt. Dementsprechend ist die Regelung in der Bayerische Arbeitszeitverordnung in § 2 Abs. 4 Satz 2 und im § 3 Arbeitszeitgesetz anzupassen. Die Autonomie der Tarifvertragsparteien bleibt davon unberührt. Dabei muss jedoch immer sichergestellt sein, dass es zu keiner Einschränkung der Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger kommt.

Begründung:

Noch immer ist trotz aller Bekundungen der Staatsregierung und medialen Veranstaltungen des Staatsministeriums für Digitales wenig von der digitalen Transformation in den Behörden Bayerns festzustellen. Gerade auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden Bayerns sind nicht mehr zeitgemäß, da sie moderne Formen des digitalen und flexiblen Arbeitens weitgehend ignorieren.

Wir Freie Demokraten fordern daher einen Mentalitätswechsel in den bayerischen Amtsstuben. Dafür braucht es Mut, Neues zu wagen und in der Anfangszeit auch Fehler als Teil eines fruchtbaren Lernprozesses zu akzeptieren. Insbesondere darf es nach Beendigung der Coronakrise kein Zurück zu solchen Abläufen und Vorschriften geben, die in der Coronakrise mit nachweisbarem Erfolg beiseitegelegt wurden. Grundlage für die Umsetzung der digitalen Transformation soll das Modell des Lernenden Staates sein. Damit geht einher, dass in den bayerischen Behörden eine breite Fehlerkultur etabliert wird. Wer mutig Neues probiert, zeigt Innovationsgeist und sollte dafür belohnt werden – anstatt wegen möglicher Fehler kritisiert zu werden.